

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5171

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5171



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 4. Mai 2025

Inhalt

Grossbaustelle Volksschule.....	2
1. Mai 2025, Marianne Wüthrich	2
Die Volksschule muss besser werden – Anregungen eines Praktikers	3
NZZ am Sonntag, 20. April 2025, Debatte, der externe Standpunkt von Andreas Aebi	3
«Die Volksschule muss besser werden – Anregungen eines Praktikers»	5
NZZ am Sonntag, 27. April 2025, Debatte, Leserbriefe	5
Hassfach Französisch – Lehrer sind schuld!	5
Blick, 28. April 2025, Nastasja Hofmann	5
«Nicht zu früh»	6
NZZ am Sonntag, 20. April 2025, Debatte, Leserbrief	6
Das kann ich euch nicht verzeihen!	7
Condorcet Bildungsperspektiven, 28. April 2025, Alain Pichard	7
Zwei Frühfremdsprachen sind eine zu viel.....	8
30. April 2025, Hanspeter Amstutz	8
Die Volksschule darf nicht zum Spielball werden	8
NZZ, 29. April 2025, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Dagmar Rösler.....	8
Die Kleinklassen-Gegner gehen in die Offensive	10
NZZ, 30. April 2025, Zürich und Region, Giorgio Scherrer	10
Autonom wird man durch Emanzipation.....	11
Journal 21, 28. April 2025, Carl Bossard	11
Veranstaltungshinweis	14
Was die Kleinklasse für ein Kind bedeuten kann!	14
Starke Volksschule Zürich, Mo. 19. Mai 2025	14



Grossbaustelle Volksschule

1. Mai 2025, Marianne Wüthrich

Dieses Mal können wir Ihnen einige gescheite Texte und originelle Ideen anbieten. Deren Autoren setzen sich, jeder auf seine Art, mit der dringend nötigen Verbesserung der Volksschule und der Lehrerbildung auseinander. Daneben kommt LCH-Präsidentin Dagmar Rösler schwach daher.

Jawohl, die Volksschule braucht eine Rosskur!

Obwohl Rösler keine Argumente bringt, die nicht längst gewälzt und widerlegt wurden, hier doch noch einmal einige Klarstellungen. Jawohl, es braucht eine Rosskur zur Sanierung des miserablen Zustands der Volksschule. Mit abgedroschenen Phrasen und spitzfindigen Studien über die «Optimierung der Klassenzusammensetzung» ist weder den Schülern noch den Lehrerinnen geholfen. Niemand will «das Rad der Zeit zurückdrehen», vielmehr gilt es, das Züglein vorwärts auf ein sinnvolles Geleise zu bringen. Machen wir uns doch nichts vor: Die integrierte Sammelklasse mit dem selbstorganisierten Lernen und dem coachenden Lehrer hat in eine Sackgasse geführt, aus der wir zum Wohl aller Beteiligten wieder herausfinden müssen. Von der Vereinzelung zur Klassengemeinschaft, vom SOL zum gemeinsamen Erarbeiten des Lernstoffs, ob in der Regelklasse oder einer Förderklasse.

So plausibel das klingt – es wird eine Rosskur sein, die vielen Baustellen der Volksschule in Ordnung zu bringen. Allein schon die Ausbildung von genügend Heilpädagoginnen für die anspruchsvolle Aufgabe, Förderklassen so zu führen, dass die Schüler vorankommen, ist kein Kinderspiel. Hier bräuchte es den Willen der PHs und der Hochschulen für Heilpädagogik, die Lehrerausbildung unter die Lupe zu nehmen.

Auch der gut gemeinte Versuch der Zürcher Behindertenverbände, mit ihrer Volksinitiative die Inklusion aller Kinder in die Regelklassen zu «retten», wird am Einspruch der Realität scheitern. Interessant, dass Mitinitiantin Birgit Tognella-Geertsen im selbstorganisierten Lernen eine der Ursachen der heutigen Probleme in den Integrationsklassen sieht. SOL ist aber gerade Teil dieses Modells. Also machen wir doch lieber vorwärts mit der Wiederbelebung des Unterrichtens in den Regelklassen und der Einführung von Förderklassen für alle Kinder, die dort besser lernen können.

Gegenmassnahmen: Anregungen eines Praktikers

Kommen wir nun zu den angekündigten gescheiten Texten und originellen Ideen. Was der erfahrene Sek-Lehrer Andreas Aebi über den Zustand der Volksschule zu sagen hat und welche Verbesserungen er für nötig hält, ist ein Genuss zu lesen. Damit die Kinder in der Schule wieder lesen und schreiben lernen, braucht es «Gegenmassnahmen zur Verzettelung und Vereinzelung, die der Konzentration und dem Klassenleben so abträglich sind», fasst Aebi seine bedenkenswerten Anregungen zusammen. Lehrerinnen sollen wieder unterrichten und korrigieren. Weg vom selbstorganisierten Lernen, weg «von der Sprunghaftigkeit hin zur Vertiefung. Leistung verbindlich einfordern.» Lehrerpersönlichkeiten wie Aebi sollten wir künftig in die Bildungsdirektionen und Lehrerverbände schicken!

Mit seinem frischen Wind im Bildungsgebälk hat Andreas Aebi zwei Leserbriefschreiber zu interessanten Anmerkungen angeregt. Wobei eine Kritik erlaubt sei: Dass man die nötigen Fertigkeiten in Lesen und Schreiben nur mit ausgiebigem Üben erwerben kann, würde ich nicht als «verstaubte» Erkenntnis etikettieren. Gibt es etwas Schöneres, als Kinder und Jugendliche in die faszinierende Welt der deutschen Sprache einzuführen und zu versuchen, sie fürs Lesen und Schreiben zu gewinnen? Natürlich ist es auch ganz schön herausfordernd, aber das macht den Lehrerberuf ja gerade so fesselnd.

Französischlehrer müssen Französisch können

Die Forderung von Sprachwissenschaftler Daniel Elmiger leuchtet ein: Um Jugendliche für eine Sprache zu begeistern, sollte man diese zuerst einmal selbst beherrschen. Erinnern Sie sich daran,



wie unsere Franz-Lehrer in der Sek von ihren Erlebnissen im Waadtland oder in der Provence erzählten? Sie hatten alle einen Studienabschluss und längere Sprachaufenthalte hinter sich. Natürlich hängt es auch von der Persönlichkeit einer Lehrerin ab, wie sie ihre Freude an der Sprache, der Kultur und den Menschen, die sie angetroffen hat, hinüberbringen kann. Aber dass ein Französischlehrer fähig sein muss, flüssig und lebendig zu sprechen, ist eine Grundvoraussetzung. Die zweite Voraussetzung, dass es nämlich für das Erlernen einer Sprache Zeit und Raum braucht, mahnt Hans-Peter Köhli unermüdlich an, diesmal in einem ganz kurzen, wie immer ganz klaren Leserbrief.

Mit seinem Blick zurück in die Entstehungsgeschichte der unseligen Idee, unseren Primarschülern zwei Frühfremdsprachen aufzuzwängen, trägt unser Redaktionskollege Hanspeter Amstutz sozusagen einen theoretischen Teil zum Thema bei.

Eine Buchbesprechung mit pädagogischem Gehalt

Zur Abrundung unserer Textsammlung lädt uns Carl Bossard zur Lektüre eines Romans ein, der das Aufwachsen junger Menschen in einer Zeit sich auflösender Wertordnungen und verbindlicher Grundhaltungen thematisiert. Mit seiner menschlichen und pädagogischen Überzeugungskraft sowie seiner unnachahmlichen Schreibkunst vermag Carl Bossard uns das Buch und seine eigenen Gedanken dazu näherzubringen.

Mich als ehemalige Berufsschullehrerin spricht natürlich vor allem die oft heilende Kraft einer Berufslehre bei einem verständnisvollen und gleichzeitig konsequenten Lehrmeister an.

Unzählige meiner Berufsschüler haben in der Lehre Ähnliches erlebt, wie Carl beziehungsweise der Romanautor es schildern: Das Gefühl, gebraucht zu werden und dabei zu erfahren, dass es auf einen ankommt. Auf diesem Boden haben die allermeisten meiner Schüler den verzwickten Übergang vom gemütlichen Schulalltag in der Oberstufe zur anspruchsvollen und strukturierten Arbeitswelt gut bewältigt. Das von erfahrenen Berufsleuten Gelernte und der Stolz auf die geleistete Arbeit gab ihnen einen Sinn. Und Kapitän auf einem Zürichsee-Schiff kann der Plattenleger nach der Lehre immer noch werden. Das ist das Tolle und unbedingt Erhaltenswerte an der dualen Berufsausbildung: Wer trotz schwieriger familiärer und schulischer Vorgeschichte Mut fasst und etwas machen will aus seinem Leben, dem sind fast keine Grenzen gesetzt.

Nun wünsche ich Ihnen viel Freude und Anregung beim Lesen.

Marianne Wüthrich

Die Volksschule muss besser werden – Anregungen eines Praktikers

NZZ am Sonntag, 20. April 2025, Debatte, der externe Standpunkt von Andreas Aebi

Die öffentliche Schule ist zum Gegenstand heftiger Debatten geworden, mittlerweile auch unter Beteiligung der politischen Parteien. Die Probleme löst das nicht. Dafür braucht es einen Blick ins Schulhaus, findet Andreas Aebi

«Unsere Volksschule befindet sich im Niedergang», behauptet der Zürcher Nationalrat Benjamin Fischer im neuen SVP-Bildungspapier und fordert Spezialklassen für fremdsprachige Kinder. Mittlerweile ist das eine einstudierte Freistossvariante des bürgerlichen Sturmduos auf die Leistungsschwäche der Schule, und der linke Torhüter faustet den Ball standardmässig zurück ins Spiel: «Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund oder mit Beeinträchtigung ist ein Verfassungsauftrag.» «Wir brauchen also mehr Fachkräfte», schreit der Goalie und meint damit: Heilpädagogen. Dummerweise weiss niemand im Land, ob die Volksschule tatsächlich krank ist. Zwar gibt es Leistungstests wie Pisa und ÜGK (Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen), aber diese



decken höchstens 30 Prozent des Fächerkanons ab und liefern zur Primarstufe praktisch keine Erkenntnisse. Darum sind auch kantonale Vergleiche zur Wirksamkeit der eingesetzten Mittel und Menschen ein Ding der Unmöglichkeit. «Wir verfügen überhaupt nicht über die Daten, die uns irgendeine Aussage zur Effizienz erlauben würden», gestand Stefan C. Wolter, der Hauptverfasser des letzten Schweizer Bildungsberichts, vor einem Jahr in einem Fachgespräch.

Zwar hat die Schweiz gemäss der letzten Pisa-Erhebung in Mathematik, Lesen und in den Naturwissenschaften ihre Position in der OECD-Rangliste verbessert. Der Bundesrat musste diese Aussage aber relativieren; die Konkurrenz war leistungsmässig geradezu abgesackt. Und: Wir haben eine Leiche in unserem Pisa-Keller. Seit 2015 ist der Anteil der 15-Jährigen, die höchstens einen ganz einfachen Text verstehen, von 20 Prozent auf 25 Prozent gestiegen. Es gibt also immer mehr leseschwache Schüler und Schülerinnen im Land.

Von 1986 bis 2024 habe ich an Sekundarschulen auf dem Land Deutsch unterrichtet. Meine Beobachtung: Im Schreiben ist der Absturz noch viel krasser, nur misst das keiner. Rechtschreibung und Zeichensetzung sind unterirdisch. Punkto Wortschatz und Satzbau stehen die Siebtklässler heute auf dem Entwicklungsstand der Fünftklässler von 1990. Weil ihnen grammatische Kenntnisse fehlen, veranstalten sie ein Zeitenwirrwarr und verwechseln Täter (Nominativ) und Opfer (Akkusativ). Ihre Satzanfänge haben dasselbe Muster, und jeder dritte Satz verdunstet wie das Rinnsal in der Sahara. Meine Bilanz: Viele junge Menschen sind nicht mehr in der Lage, sich verständlich auszudrücken.

Der Niedergang hat mit der gesellschaftlichen und der technischen Entwicklung zu tun. Ausdauer und Aufmerksamkeit nehmen umgekehrt proportional zur Bildschirmzeit ab – und zwar nicht nur bei den Kindern, sondern auch bei ihren Eltern. Auch wir wenden uns lieber den Geräten zu als unseren Freunden.

Es braucht Gegenmassnahmen zur Verzettlung und Vereinzelung, die der Konzentration und dem Klassenleben so abträglich sind. Ich hätte da schon ein Rezept zur Hand. Zu den Grundzutaten gehörte ein ausgewogener Mix von Frontalunterricht, kooperativem Lernen, Projektunterricht und entdeckendem Lernen. Und für alle Methoden gilt: Die Kinder sollen die Dinge tatsächlich tun, denn nur was sie selber durchdenken, ausführen, vollbringen, hat einen nachhaltigen Lerneffekt.

Aber dazu braucht es das Feedback (um nicht zu sagen: die Korrektur) der Lehrpersonen. Vergessen wir darum dieses selbstorganisierte Lernen, wo jeder Jugendliche macht, was ihn umtreibt, und die Lehrperson weder Zeit noch Lust hat, das Treiben zu reflektieren. Weg von der Sprunghaftigkeit hin zur Vertiefung. Leistung verbindlich einfordern. Es nützt also nichts, einfach mehr zu üben; wir müssen auch den Willen, das Wissen, die Zeit und die Ressourcen für die Begleitung haben.

Und damit landen wir doch noch bei der Bildungspolitik, denn es gäbe durchaus Richtungsentscheide, die dafür sorgen könnten, dass unser Unterricht verbindlicher wird – und wirkungsvoll:

- Frühfranzösisch und Frühenglisch entsorgen (die schwächeren Kinder sind damit überfordert, es ist eine Zeitverschwendung).
- Das Langzeitgymnasium abschaffen und die Berufswahl stärken (auch das Gymnasium soll Resultat einer fundierten Laufbahnabklärung sein, Zwölfjährige können diesen Entscheid nicht fällen).
- Den Lehrplan 21 kürzen (die Bereiche Deutsch, Natur-Mensch-Gesellschaft und -Mathematik sind überladen. Lieber weniger Kompetenzen erwerben, dafür die wichtigen – und diese richtig).
- Handy weg aus allen Schweizer Schulen.

Mit Parteibüchern haben diese Entscheide wenig zu tun. Aber sie brauchen Mut.

Andreas Aebi war Sekundarlehrer und Schulleiter in Langnau im Emmental und in Spiez. Im Sommer 2024 wurde er pensioniert. Zurzeit arbeitet er an einem Buch mit dem Arbeitstitel «Plädoyer für eine starke Volksschule».



«Die Volksschule muss besser werden – Anregungen eines Praktikers»

NZZ am Sonntag, 27. April 2025, Debatte, Leserbriefe

Den vier Punkten von Andreas Aebi stimme ich zu: Frühfranzösisch und Frühenglisch entsorgen / Langzeitgymnasium abschaffen, dafür Berufswahl stärken / Lehrplan 21 kürzen / Handy weg aus allen Schweizer Schulen. Nur frage ich mich jetzt, ob die Volksschule dadurch grundlegend besser wird. Lesen und Schreiben sind Grundfertigkeiten, welche über Jahre geübt werden müssen. Wer vermittelt diese verstaubte, aber immer noch gültige Erkenntnis den jungen Menschen?

Urs Graf, Wädenswil (ZH)

Trotz all den Reformen spricht nichts dafür, dass die Volksschule zu einem Höhenflug angesetzt hätte. Doch die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) beschwichtigt und spielt auf Zeit. Da die EDK nicht handelt, liegt der Ball bei den Lehrerorganisationen, eine umfassende Bilanz der Schulreformen einzufordern. Dies setzt aber voraus, dass die Lehrerschaft viel deutlicher benennt, was sich denn aufgrund ihrer Erfahrungen nicht bewährt hat. Mit seiner oft lavierenden Haltung hat der Lehrerdachverband bildungspolitisch bisher wenig erreicht.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf (ZH)

Hassfach Französisch – Lehrer sind schuld!

Blick, 28. April 2025, Nastasja Hofmann

«Unsicher und unmotiviert» – Sprachwissenschaftler Daniel Elmiger spricht Klartext

Das Frühfranzösisch steht in der Deutschschweiz vielerorts auf der Kippe. Sprachwissenschaftler Daniel Elmiger kritisiert: Wenn Kinder eine Sprache lernen sollen, die ihre Lehrpersonen selbst kaum beherrschen – wie soll da Begeisterung aufkommen?

Viele Deutschschweizer Kantone stellen das frühe Sprachenlernen in der Primarschule infrage. Ein besonderer Dorn im Auge ist dabei Französisch, das meist nach Englisch als zweite Fremdsprache in den Lehrplan aufgenommen wird. Lehrpersonen und Politiker sprechen von überforderten Schülerinnen und Schülern.

Sprachwissenschaftler Daniel Elmiger sieht das Kernproblem in seinem neuen Buch («Das Kreuz mit dem Schweizer Fremdsprachenunterricht. Wohin mit den Landessprachen?») jedoch anderswo: bei den Primarschullehrpersonen!

Elmiger lehrt unter anderem an der Universität Genf und ist in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften tätig. In seinem Buch übt er scharfe Kritik – am aktuellen System des Fremdsprachenunterrichts, an den Lehrpersonen und auch an der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK).

Wenn Französisch zum Frustfach wird

Elmiger berichtet aus seinem Berufsalltag: «Eher selten spreche ich mit motivierten und selbstbestussten Lehrpersonen, die ihre Arbeit mit Freude und Erfolg leisten.» Stattdessen wirke der Unterricht oft lustlos, ohne «inneren Antrieb». So werde Französisch schnell zum «Hassfach» – bei Lehrpersonen ebenso wie bei der Schülerschaft.

Und das zeigt sich in den Leistungen. Eine EDK-Erhebung aus den Jahren 2016 und 2017 untersuchte erstmals schweizweit, ob die Grundkompetenzen im Spracherwerb am Ende der Primarstufe erreicht werden. Im Leseverstehen Französisch als erste Fremdsprache erreichten dies gemäss Statistik nur 65,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler. In mehrsprachigen Kantonen liegen die Werte



in der Regel etwas höher. Zum Vergleich: Im Leseverstehen Englisch als erste Fremdsprache sind es 86 Prozent. Wie ist dieser Unterschied zu erklären?

Französisch habe insbesondere in der Ostschweiz einen schweren Stand, schreibt Elmiger. Englisch komme zuerst – Französisch sei hingegen zweite Wahl. Dadurch verlieren die Landessprachen an Bedeutung: «Ausserhalb der Sprachgebiete spielen die Landessprachen zunehmend eine untergeordnete Rolle.» Eine Folge davon sei etwa, dass die Kommunikation zwischen den Sprachregionen zunehmend auf Englisch stattfinde.

Französischlehrer ohne Französisch

Doch auch die Lehrpersonen spielen eine zentrale Rolle. «Schwierig wird es vornehmlich dann, wenn man merkt, dass die Menschen, die eigentlich eine Fremdsprache unterrichten sollten, diese selbst kaum gut genug sprechen», urteilt der Sprachwissenschaftler. Gerade im Primarschulbereich komme das immer wieder vor – dabei wäre gerade dort ein ungezwungener, mündlicher Zugang besonders wichtig.

Elmigers Urteil über den Fremdsprachenunterricht in der Schweiz fällt deutlich aus: «Der Französischunterricht in der Deutschschweiz sollte neu überdacht werden.» Auch der Deutschunterricht in der Romandie schneidet in seiner Analyse schlecht ab – die Ergebnisse seien miserabel.

Eine Mitschuld sieht Elmiger bei den Kantonen und der EDK. Diese seien weder in der Lage noch willens, die Situation grundlegend zu verändern. Von der EDK wünscht er sich vor allem eine bessere Koordination. Auch beim Sprachnachweis für Lehrpersonen brauche es klarere Regeln: «Die Leitlinien der EDK werden auf verschiedene Weise umgangen; etwa, indem die Maturanote als Nachweis für ein Kompetenzniveau zweckentfremdet wird.»

Und was sagt die EDK dazu? Auf Anfrage sagt Sprecher Stefan Kunfermann: «Die aktuellen Diskussionen um den Fremdsprachenunterricht werden auch im Rahmen der EDK aufmerksam verfolgt.» Für die Umsetzung des Sprachunterrichts seien jedoch die Kantone zuständig. Diese Bemühungen unterstütze die EDK mit Empfehlungen, Publikationen, Fachtagungen und Arbeiten im Netzwerk.

Trotz allem: Dem Frühfranzösisch den Stecker zu ziehen, ist für Daniel Elmiger der falsche Weg. «Bevor der Französischunterricht auf der Primarstufe einfach abgeschafft wird, sollte man besser verstehen, wieso er überhaupt so unbeliebt und umstritten ist», sagt er zu Blick. Elmiger befürchtet, dass das Vernachlässigen der Landessprache zu einer zunehmenden Entfremdung der Sprachregionen führt. Das könnte zum Problem werden – denn: «Die Schweiz definiert sich über ihre Mehrsprachigkeit.»

«Nicht zu früh»

NZZ am Sonntag, 20. April 2025, Debatte, Leserbrief

«Vive le français!»

Ja, vive le français! Aber wie macht man die Sprache schmackhaft? Sicher nicht, indem man sie den Kindern in der 5. Klasse nebst Deutsch und Englisch zusätzlich noch aufzubürden versucht, sondern mit einem Beginn erst in der Oberstufe. Vorher sind die meisten masslos überfordert, und es ist jammerschade, dass dann statt der Vermittlung von «Kulturgut, Schlüsselkompetenz und Perspektiven» nichts als der Verleider resultiert.

Hans-Peter Köhli, Zürich



Das kann ich euch nicht verzeihen!

Condorcet Bildungsperspektiven, 28. April 2025, Alain Pichard

Frühfranzösisch unter Dauerbeschuss • Condorcet-Autor Alain Pichard ist von Anfang an ein Gegner der Frühfranzösisch-Reform gewesen. Mittlerweile bestätigen sich all seine Prognosen. Trotzdem warnt er vor falschen Argumenten und vor allem vor dem Verzicht auf das Französischlernen.

Mittlerweile pfeifen es die Spatzen vom Dach. Die von der EDK und den Lehrplanapologeten gepredigte Verschiebung des Französischunterrichts auf die Unterstufe ist kolossal gescheitert. In vielen Deutschschweizer Kantonen sind Vorstösse eingegangen und überwiesen worden, welche das Frühfranzösisch abschaffen wollen. Auch die Redaktion des Condorcet-Blogs hat in den letzten Jahren immer wieder auf die Denkfehler, die schwachen Ergebnisse und die unglaublichen finanziellen Fehlinvestitionen hingewiesen.

Im Blick vom 28. April ist nun eine Titelgeschichte zur Zukunft des Frühfranzösisch erschienen. Bei aller Genugtuung, die sich einschleicht, wenn eigene Argumente bestätigt werden, muss man aber vor falschen Argumenten warnen.

Es geht nicht darum, das Englisch als Primat zu akzeptieren und es geht auch nicht darum, die französische Sprache als obsolet zu betrachten. Französisch zu lernen ist in der Schweiz ausserordentlich wichtig. Aber es ist nicht wichtig, wann wir mit dem Französischunterricht beginnen, sondern wie gut die Schüler die Grundregeln dieser ausserordentlich komplizierten Sprache beherrschen.

Und genau hier ist die Krux: Es hat nie eine Zieldefinition gegeben. Man hat Frühfranzösisch eingeführt, weil man Frühfranzösisch einführen wollte. Das rächt sich jetzt bitter, denn die Realität zerstört die Mythen.

Dazu ein paar Zahlen: Die Überprüfung der Grundkompetenzen (von der EDK formuliert) hat ergeben, dass nur 32.8 % im Leseverstehen das Lernziel A2 erreichen. Im Hörverstehen sind es 57%. Im Sprechen (ein Lernziel, auf das besonders Wert gelegt wurde) erreichen nur 10,2% das Niveau, ich betone, es sind die Grundkompetenzen! Also die niedrigste Stufe.

Ebenso zeigt die Studie, dass die Freude und Motivation abgenommen haben und die Französische Sprache zum Hassfach Nr. 1 geworden ist.

Den Unterstützerinnen und Unterstützern des Frühfranzösisch (in den Verbänden, PH's, Verwaltung und Parteien) möchte man zureden: Es ist keine Schande, zugeben, dass man sich geirrt hat. Es ist verständlich, dass man nach diesen riesigen finanziellen Investitionen Mühe hat, eine Kehrtwende zu vollziehen. Ich kann euch auch all die Verunglimpfungen gegen uns, die Gegner dieser Sprachreform, verzeihen. Was ich euch aber nicht verzeihen kann, ist, dass ihr eine der schönsten Sprachen an die Wand gefahren habt, dass ihr dafür gesorgt habt, dass heute viele Menschen den Sinn für das Erlernen gar nicht mehr einsehen.

Alain Pichard, Lehrer Sekundarstufe 1, GLP-Grossrat im Kt. Bern und Mitglied der kantonalen Bildungskommission: Das kann ich euch nicht verzeihen.



Zwei Frühfremdsprachen sind eine zu viel

30. April 2025, Hanspeter Amstutz

Mit der Einführung der zweiten Frühfremdsprache in der Mittelstufe wurde das Fuder eindeutig überladen. Viele Kinder erleben nicht etwa ein erfrischendes «Sprachbad», sie gehen vielmehr im Chaos von drei und nicht selten bis zu fünf Sprachen (Muttersprachen zuhause) unter. Die von der EDK gestützte Mehrsprachendidaktik ist ein Kunstprodukt, mit dem eine Mehrheit der Mittelstufenschüler nichts anfangen kann. Wenn am Schluss eine so schöne Sprache wie das Französisch zum Hassfach wird, ist einiges krumm gelaufen.

Ein Mehrsprachenkonzept für die Primarschule war ursprünglich nicht vorgesehen. Frühenglisch als Weltsprache sollte auf Initiative des Zürcher Bildungsdirektors Ernst Buschor das Frühfranzösisch ablösen. Doch der Schuss ging weit daneben. Man hätte wissen müssen, dass das aus der Popkultur omnipräsente Englisch sofort das Französisch an den Rand drängen würde. Die meisten jüngeren Lehrpersonen entschieden sich, voll aufs Englisch zu setzen. Ausbildungsgänge in Englisch an den Pädagogischen Hochschulen waren gut belegt, während gleichzeitig das Interesse fürs Französisch rapid abnahm. Doch diese Neuorientierung beim Sprachenlernen kam in der Romandie gar nicht gut an. Um keine unnötige Zerreisssprobe zu provozieren, entschied sich die EDK schliesslich für die unselige Mehrsprachendidaktik.

Der Widerstand gegen diese Verzettlung beim frühen Fremdsprachenlernen jedoch legte sich nicht. Eine frühe Fremdsprache ist genug, war die Leitidee bei mehreren kantonalen Volksinitiativen für ein neues Sprachenkonzept. Am Ende mischte sich auch noch die nationale Politik in die Diskussion ein. Pädagogische Überlegungen spielten kaum noch eine Rolle, dafür Symbolpolitik umso mehr. Bundesrat Alain Berset drohte den Ostschweizern, im Fall einer Abkehr von der Mehrsprachendidaktik sei das bei den Schülern und vielen Lehrpersonen bevorzugte Englisch zu streichen. Frühfranzösisch habe Priorität, hiess es aus Bern, ohne Rücksicht auf pädagogische Überlegungen. Es erstaunt deshalb nicht, dass danach alle kantonalen Spracheninitiativen abgelehnt wurden.

Ja, Alain Pichard hat recht, wenn er schreibt, dass mit dem schiefen Mehrsprachenkonzept das Französisch ganz böse unter die Räder gekommen ist. Weiterfahren wie bisher und so tun, als funktioniere alles einigermaßen, ist nicht länger akzeptabel. Die Pädagogik und weit weniger die Politik ist jetzt herausgefordert.

Die Volksschule darf nicht zum Spielball werden

NZZ, 29. April 2025, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Dagmar Rösler

Schule geht uns alle an, und sie muss sich verändern. Leider gerät sie aber immer wieder ins Visier parteipolitischer Interessen. Gefragt sind wohlüberlegte Anpassungen. Gastkommentar von Dagmar Rösler

Letztes Jahr feierte die obligatorische Schule einen runden Geburtstag. 1874 wurde die allgemeine Schulpflicht in der Bundesverfassung verankert. Das war ein Meilenstein und ein Bekenntnis der Gemeinschaft, dass Bildung grundsätzlich für alle ist. Davor gingen Kinder ebenfalls zur Schule, aber längst nicht alle, nicht überall und vor allem nicht zusammen. Das Ideal, dass jedes Kind ein Recht auf Bildung hat und einen Gemeinsinn entwickeln soll, blieb zwar auch im späten 19. Jahrhundert ein Ideal. Doch das Revolutionäre am Gedanken Volksschule war bereits Teil ihrer DNA: Eine Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die fähig sind, Zusammenhänge zu verstehen und Sachverhalte zu beurteilen. Sonst können sie nicht mitbestimmen. Die Schweiz hat sich inzwischen längst zur Wissensgesellschaft weiterentwickelt. Die Erkenntnis, dass Bildung Teilhabe ermöglicht, hat sich durchgesetzt.



Vor diesem Hintergrund ist es irritierend, wenn politische und mediale Kräfte das Rad der Zeit ausgerechnet in der Volksschule zurückdrehen wollen. Ins Kreuzfeuer geraten ist jüngst die integrative Schule. «Die integrative Schule ist gescheitert» (NZZ 31. 7. 24) oder «Für jedes Kind eine Diagnose und ein Sondersetting. Die Schule wird zur Therapieanstalt» (NZZ 24. 2. 25) sind nur zwei der Schlagzeilen. Aber auch der Fremdsprachenunterricht oder die Suche nach einer zeitgemässen Beurteilung geraten systematisch unter Beschuss.

Am Beispiel der integrativen Schule möchte ich aufzeigen, was gerade geschieht. Auch für Lehrpersonen ist das Thema emotional. Wo Emotionen sind, wittern Politikerinnen und Politiker Probleme und Profilierungspotenzial. Auch wenn Ersteres zutrifft, hilft Letzteres nicht dabei, sie zu lösen. Wer einfach die Wogen hochgehen lässt, erhöht bloss den Problemdruck. Nötig ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Situation. Wenn sie auf konkreter Betroffenheit gründet, ist das menschlich verständlich. Um Probleme zu lösen, braucht es aber einen sachlichen Umgang damit. Leider geht derzeit die Tendenz in eine andere Richtung. Ich wehre mich mit aller Vehemenz gegen das Bild von lauter überforderten Lehrerinnen und Lehrern. Lehrpersonen sind Profis (sofern sie eine Ausbildung haben), und sie sind sehr wohl fähig, sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen und mit ihnen klarzukommen.

Ich stelle aber nicht in Abrede, dass die Volksschule unter Spannung steht. Wir wissen aus der Berufszufriedenheitsstudie des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) aus dem Jahr 2024, dass Unzufriedenheit bei Lehrpersonen vor allem dann entsteht, wenn diese ihren Ansprüchen an einen qualitativ guten Unterricht und eine gute Begleitung und Förderung der Schülerinnen und Schüler nicht gerecht werden können.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie reichen von der hohen Arbeitsbelastung, den steigenden Anforderungen bis hin zu den vielen administrativen Arbeiten. Am Ende bleibt zu wenig Zeit für die individuelle und integrative Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler. Dies hinterlässt das ständige Gefühl, ihnen nicht gerecht zu werden. Der LCH sieht ebenfalls Warnhinweise, die ernst zu nehmen sind. Zur Stärkung der Volksschule braucht es aber keine Roskur. Wichtiger ist die Stärkung und Entlastung der Lehrpersonen, damit sie allen Schülerinnen und Schülern die nötige Zuwendung geben können.

Wichtig wäre eine Optimierung der Klassenzusammensetzung. Damit liesse sich eine Kumulation von Schwierigkeiten innerhalb einer Klasse vermeiden. Dazu gibt es im Übrigen eine Studie, die einen Kipppunkt feststellen konnte, ab dem die Belastung zu gross wird. Konkret: Sobald mehr als jedes fünfte Kind spezielle Fördermassnahmen braucht, sinken bei allen die Leistungen. Ist die Anzahl geringer, profitieren jedoch jene, die in eine Regelklasse integriert werden – und allen anderen entstehen keine Nachteile daraus. Die Einführung von Förderklassen, wie sie kürzlich im Kanton Zürich vom Parlament beschlossen worden ist, geht in die falsche Richtung. Sie ziehen heilpädagogische Unterstützung aus den Regelklassen ab. Das ist kontraproduktiv.

Statt mehr Separation braucht es mehr Prävention. Sie kann als Unterstützung der Eltern in der frühen Bildung ansetzen, als Time-out für einzelne Schulkinder zur Krisenintervention, in Form einer flexibleren und vereinfachten Ressourcenzuteilung oder indem die Zusammenarbeit im Schulteam gestärkt wird.

Einen Appell möchte ich zum Schluss als Präsidentin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz gerne noch anbringen: Momentan lastet auf dem qualifizierten Lehrpersonal eine grosse Zusatzbelastung. Ein mittlerweile ansehnlicher Teil jener, die unterrichten, ist nicht adäquat ausgebildet. Aber nur ausgebildetes und genügend Personal gibt den Schulen die nötige Kraft und den Spielraum, um zukunftsfähige Wege einzuschlagen. Nur so kann die Volksschule eine Klammer für die Gesellschaft und eine verantwortungsvolle Bildungsinstitution für unsere Kinder bleiben.

Dagmar Rösler ist Zentralpräsidentin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH).



Die Kleinklassen-Gegner gehen in die Offensive

NZZ, 30. April 2025, Zürich und Region, Giorgio Scherrer

Zürcher Behindertenverbände lancieren Initiative zur Stärkung der integrativen Schule

Die Verteidiger der integrativen Schule haben lange gewartet. Seit Jahren wird die Kritik an diesem Modell laut und lauter. Die Idee, dass jedes Kind, egal wie schwierig, grundsätzlich in der Regelklasse unterrichtet werden soll, ist unter Druck. Die Gegner der schulischen Integration blieben ob dieses Wandels nicht untätig. FDP und GLP haben vergangenes Jahr die «Förderklasseninitiative» lanciert und diese vor einem Monat durch das Kantonsparlament gebracht. Sie wollen damit mehr Ruhe in die Regelklassen bringen und Lehrpersonen entlasten. Die Folge: In Zürich kommt es zu einer Renaissance der Kleinklassen. Wie diese genau aussehen soll, müssen Regierung und Parlament allerdings noch entscheiden. Nun lancieren mehrere Zürcher Behindertenverbände ihrerseits eine Volksinitiative, die diesen Prozess weiter verkomplizieren dürfte.

«Von rechts heisst es, die integrative Schule sei am Ende», sagt die Mitinitiantin und SP-Kantonsrätin Birgit Tognella-Geertsen. «Das könnte falscher nicht sein. Die Inklusion ist nicht gescheitert!» Es stimme zwar, dass Schulen und Lehrpersonen vor grossen Herausforderungen stünden. Diese seien mit Kleinklassen aber nicht zu lösen, glaubt Tognella-Geertsen. «Der Alltag im Klassenzimmer ist tatsächlich schwieriger geworden», sagt sie. Das liegt aus ihrer Sicht aber nicht an der Integration. Die Ursachen sieht sie bei fordernden Eltern, im bürokratischen Schulwesen und bei Trends wie dem selbstorganisierten Lernen. All das habe den Unterricht auf den Kopf gestellt und die Schule weniger offen und tragfähig für Kinder mit Förderbedarf gemacht. «Aber die Lösung ist nicht, diese Kinder zu entfernen», sagt Tognella-Geertsen. «Die Integration wird gerade zum Sündenbock für sämtliche Probleme der Volksschule gemacht.»

Bürokratie reduzieren

Um dem entgegenzuwirken, will die Initiative mit dem Namen «Schule für alle» die integrative Förderung in Regelklassen flexibler gestalten und die Lehrpersonen von administrativem Aufwand entlasten. Wie das genau funktionieren soll, bleibt allerdings etwas nebulös. Der Initiativtext ist in Form einer allgemeinen Anregung gehalten. Die zentrale Forderung ist mehr Spielraum für die einzelnen Schulen beim Einsatz von Sonderpädagogik-Ressourcen. Diese Mittel sollen die Gemeinden neu «indexbasiert und pauschal erhalten». Was das heisst, erklärt die Initiantin Tognella-Geertsen so: «Das Geld für die integrative Förderung soll ohne unnötige Bürokratie fliessen. Und über seinen Einsatz sollen jene entscheiden, die es am besten wissen: die Lehrpersonen und Schulleitungen.»

Das klingt zwar gut, aber: Das Geld für den integrativen Unterricht wird schon heute zu einem guten Teil etwa so ausbezahlt, wie die Initianten es nun fordern. Für die integrative Förderung erhalten die Gemeinden nämlich pauschal Personalressourcen zugeteilt, proportional zur Anzahl Schülerinnen und Schüler. Von den entsprechenden Löhnen zahlt der Kanton wiederum einen fixen Anteil, nämlich einen Fünftel. Wie sie diese Stellenprozente einsetzen, entscheiden die Gemeinden schon heute selbst. Das bestätigt das Volksschulamt auf Anfrage der NZZ.

Individuell, also an den Schüler gebunden, sind lediglich Zuschüsse für Kinder mit aussergewöhnlich viel Förderbedarf. Das sind solche, die an eine Sonderschule müssen oder deren integrative Beschulung Kosten von mehr als 45 000 Franken im Jahr verursacht. In diesen Fällen könnte die Initiative mit ihrer Forderung nach pauschalen Zahlungen also tatsächlich einen Systemwechsel bringen. Dieser beträfe allerdings bloss einen kleinen Anteil der geförderten Kinder.

Mehr Macht für Lehrpersonen

Dazu kommt: Die Initiative will sich gemäss der Initiantin Tognella-Geertsen gerade nicht auf die Kinder mit dem höchsten Förderbedarf beschränken, sondern auch jene ohne Diagnose oder mit leichten Beeinträchtigungen mit einschliessen. Ihnen solle schneller und unbürokratischer geholfen werden, sagt Tognella-Geertsen. So solle es etwa möglich sein, Stunden in Heilpädagogik, Logopädie oder Psychomotorik zu erhalten, bevor die dafür heute oftmals nötige Diagnose gestellt sei. Das

könne nämlich sehr lange dauern – «und in der Zwischenzeit leiden die Kinder und ihre Klassen». Konkret fordert Tognella-Geertsen, dass künftig nicht mehr in erster Linie die schulpsychologischen Dienste und die Schulpflegen über Sonderpädagogik-Ressourcen bestimmen, sondern dass die Lehrpersonen hier das letzte Wort haben.

Doch würde eine solche Zusatzkompetenz die Lehrpersonen nicht bloss mit einer neuen Zusatzaufgabe belasten – und den Eltern einen Anlass mehr geben, Druck auf sie auszuüben? Das glaube sie nicht, sagt Tognella-Geertsen. «Es würde schnellere und flexiblere Hilfe im Unterrichtsalltag bedeuten.» Das wiederum werde mehr Ruhe in die Klassen und damit auch in die Arbeit der Lehrperson bringen.

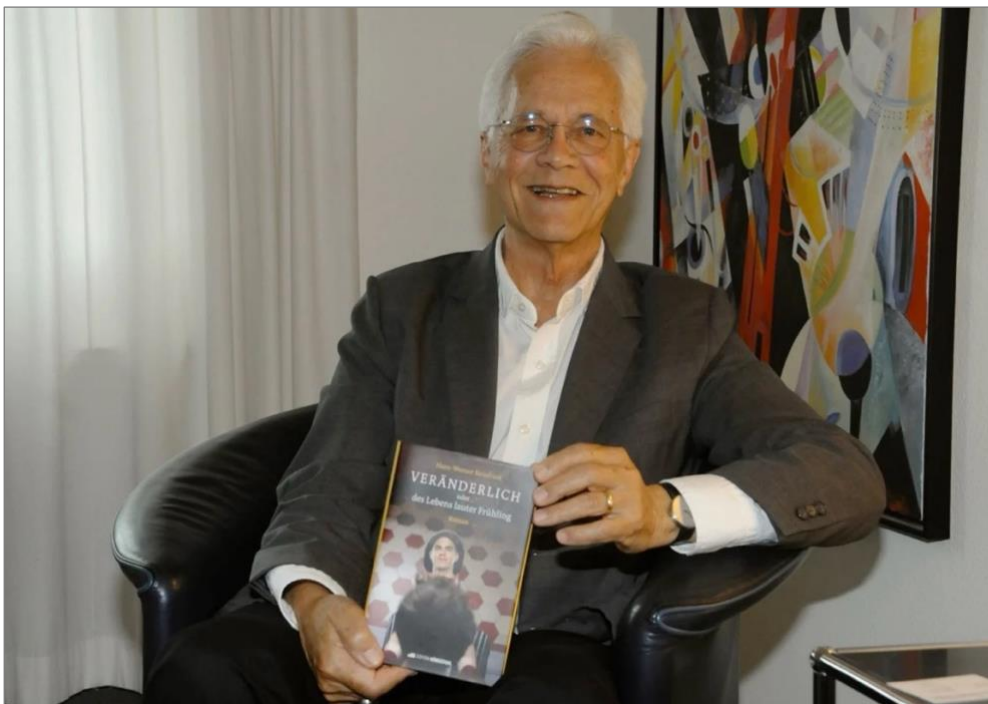
Ein Problem ist damit allerdings nicht gelöst: Diese Forderung nach mehr Autonomie der Lehrpersonen gegenüber den schulpsychologischen Diensten ihrer Schulgemeinden ist im Initiativtext selbst gar nicht enthalten. Dort wird nur die Entrichtung pauschaler Beiträge an die Gemeinden als explizite Neuerung erwähnt.

Zur Verteidigung der integrativen Schule fordert die neu lancierte Initiative also ein neues Finanzierungsmodell, das «inklusive Strukturen stärken» soll. Dieses neue Modell scheint jedoch in Teilen schon heute Realität zu sein – womit unklar bleibt, inwiefern die zentrale Forderung der Initiative ihre Ziele sinnvoll realisieren kann. Die Initianten beginnen nun mit dem Sammeln der Unterschriften. Wollen sie ihr Vorhaben dereinst durch eine Volksabstimmung bringen, werden sie noch viel Erklärungsarbeit leisten müssen.

Autonom wird man durch Emanzipation

Journal 21, 28. April 2025, Carl Bossard

Da spricht ein Wissenschaftler und da erzählt gleichzeitig ein menschnaher Analytiker. Hans-Werner Reinfried, Psychologe und Gerichtsgutachter aus Uster, beschreibt die atmosphärischen Phänomene des Erwachsenwerdens in heutigen Kontexten. Er giesst sie in die Form des Romans. Eine geglückte Wahl.



Hans-Werner Reinfried (Foto: Karin Sigg)



«Verlust. Ein Grundproblem der Moderne» – So betitelt der Soziologe Andreas Reckwitz seine Analyse der Gegenwart und ihrer widersprüchlichen Dynamiken.¹ Die Studie beschreibt die Verluste moderner westlicher Gesellschaften. Im Grossen und im Kleinen, im gesellschaftlichen Makrokosmos wie in der Mikrowelt des persönlichen Lebensalltags. So hat heute beispielsweise nicht mehr «jedes Kind das Recht, nicht verwöhnt zu werden», wie es ein kantonaler Bildungsdirektor vor einiger Zeit ausgedrückt hat. Er bezeichnete es als «Verlust». Verluste gab es schon immer; sie sind grundsätzlich nichts Neues und gehören zum menschlichen Dasein. Doch sie mehren sich, weil die Erwartungen gewachsen sind.

Wenn Grundhaltungen beliebig werden

Mit vielen und oft widersprüchlichen Erwartungen sind auch Jugendliche konfrontiert. Von den Eltern und von der Schule her, von Peergroups und vom Beruf her. Das Erwachsenwerden in Zeiten kultureller Modernisierungen wird anspruchsvoller. Wertordnungen lösen sich auf oder vervielfältigen sich; konsequente Grundhaltungen weichen nicht selten einem Modus der Beliebigkeit.

Das bedeutet für heutige Jugendliche einen deutlich anderen Sozialisationskontext als für die Jugendgeneration der 1970er- und der 1980er-Jahre. Sie war noch in verbindlichere Pflichtwerte und normenregulierte Strukturen, vielleicht sogar Traditionen eingebunden und konnte dagegen aufbegehren und sich davon ablösen. Die damalige junge Generation reagierte mit ihren Lebensstilen auf eine kulturelle *Überstrukturierung*².

Aufwachsen in einer unterstrukturierten Welt

Die Bindekraft von Herkunftsmilieus und Institutionen wie Schule und Vereinen hat heute deutlich nachgelassen. Die junge Generation wächst nicht selten in einer *entstrukturierten*, teilweise gar *unterstrukturierten* Welt auf, einer Gesellschaft, in der immer mehr möglich, immer weniger vorgegeben und mit Blick auf Zukunft vieles unklar ist. Die erhöhte Unübersichtlichkeit moderner Lebenswelten!

Das hat Konsequenzen. Der Psychologe und Gerichtsgutachter Hans-Werner Reinfried kennt und beschreibt sie aus seiner reichen Berufserfahrung heraus. Er wählt dazu die Form des Romans³. Entstanden ist eine eindruckliche Lebensgeschichte. Sie beleuchtet vielfach Unbekanntes oder von aussen Unerkanntes. Ein aktueller, gesellschaftlich-sozialer Augenöffner! Der Zusatztitel vom «lauten Frühling» erinnert wohl gezielt an Frank Wedekinds Kindertragödie «Frühlings Erwachen». Auch Reinfried nimmt die Nöte und Schlüsselschwierigkeiten junger Menschen auf – wie Wedekind in seinem gesellschaftskritischen Drama um 1900.

Wohlbehütete Jugend

Robin Hauser, so heisst Reinfrieds fiktive Figur, wächst als Einzelkind in einer Zürcher Vorortsgemeinde auf – in wohlbehüteter Atmosphäre und als «Schmuse-Baby» auch Binefaktor zwischen Mann und Frau. Der Vater arbeitet, die Mutter wirkt zu Hause. Materiell fehlt es Robin an nichts. Ganz im Gegenteil! Er wird verwöhnt, lebt sozial isoliert, ohne den notwendigen Halt und den gleichzeitigen wohlwollenden Widerstand. Grenzen erfährt er keine, auch in der Schule nicht. Robin hat nur sich selbst; dabei bräuchte er die andern. Kindheit und Primarschule durchlebt er darum «im diffusen Dämmerzustand».

So erstaunt es nicht, dass er seine erste Lehrstelle nach nur einem Jahr abbricht und auch die zweite Berufslehre als Autolackierer nach kurzer Zeit aufgibt. Doch zu Hause findet er kein Daheim. Die Enge im Elternhaus wird ihm zur Qual. «Die ewige Fragerie, ob es ihm gut gehe, ob ihm etwas

¹ Andreas Reckwitz: Verlust. Ein Grundproblem der Moderne. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2024.

² Thomas Ziehe (o. J.): «Was bewegt die Jugendlichen?». Msc. unpubl., S. 4.

³ Hans-Werner Reinfried: Veränderlich – oder des Lebens lauter Frühling. Roman. St. Gallenkappel und Heidelberg: Edition Königstuhl, 2024.



fehle, ob er genug gegessen habe oder warm angezogen sei, warum er nicht häufiger von seinen Erlebnissen berichte [...], hatte er satt.» Er zieht weg.

Strassenbauer oder Plattenleger?

Halt sucht Robin in der Gleichaltrigen-Szene. Er will dazugehören; so erfährt er, wie seine Kumpel mit ihrem Alltag zurechtkommen. Er selber hat keine Ahnung, was ihm wichtig ist. Imaginäre Ideale, irreale Phantasien, Grössenwünsche dominieren – mit entsprechenden Selbstwert- und Schamkonflikten. Dazu kommen erste Liebesbeziehungen. Sie scheitern. So sucht er wieder die Nähe seiner Eltern. Doch Robins Nöte werden nicht angesprochen; alles bleibt offen, alles mäandriert im Vagen. Das Zuhause bietet weder Halt noch Struktur. Robins Scheitern wird der Gesellschaft zugeschrieben.

Endlich holt er sich Hilfe; er sucht einen Berufsberater auf. Allerdings hat er keine Vorstellung von seiner Zukunft und noch viel weniger, «was er lernen oder arbeiten möchte». Vielleicht als Kapitän auf einem Zürichsee-Schiff? – der prächtigen Uniform wegen! Der Berufsberater bespricht mit ihm zwei Optionen: Strassenbauer oder Plattenleger. Strassenbauer sei äusserst streng, warnen ihn seine Kollegen. Bei einem Plattenleger kann er eine einwöchige Probezeit absolvieren.

Der Lehrmeister als väterliche Autorität

Im Plattenleger Reichle trifft Robin auf einen verständnisvollen Lehrmeister und Ansprechpartner. Konsequenz und einfühlsam zugleich, standhaft und nachsichtig in einem: eine väterliche Autorität, die stützt und führt, ohne aber autoritär zu sein. Robin spürt, wie er gebraucht wird: das belebende Gefühl, nützlich zu sein und dabei Sinn zu erfahren, Verantwortungssinn und das Bewusstsein, dass es auf ihn ankommt! Sein Arbeitsalltag ist strukturiert. Das kompensiert Robins bisherige Diffusionserfahrungen. Er findet so zu einer gekonnten «Selbstpräsentation». Sein sicheres Auftreten hilft ihm auch in der Schule.

Die Berufslehre und ein verständnisvoller Lehrmeister holen Robin aus der isolierten Eigenwelt in eine sinnvolle Tätigkeit. Das ermöglicht ihm einen Einstieg ins Erwachsenenleben. Einige seiner Cliquen-Freunde haben weniger Glück.

Halt und freundlicher Widerstand

Reinfrieds Roman skizziert fiktive Figuren mit realem Leben. Aus seinem Werk sprechen grosse Berufserfahrung, feinfühliges Menschenverständnis und der unaufdringliche Wille, benachteiligten Jugendlichen zu helfen. Junge Menschen – und davon ist Reinfried zutiefst überzeugt – brauchen ein vernünftiges und vitales Visavis, sie brauchen den anderen. In ihm kommen sie zu sich selbst. Es ist ein Gegenüber, das sie anregt und belebt und erzieherisch auch führt.

Sich selber in verantworteter Freiheit führen, das müssen junge Menschen erst lernen. Das kommt nicht von selbst. Autonom werden sie durch Emanzipation – über Halt und freundlichen Widerstand. Der Mensch wächst am Widerstand. Das zeigt der Roman auf eindruckliche Weise – im Gelingen wie im Scheitern. In diesem Sinne offeriert Reinfrieds Schrift wichtige Impulse für Familie, Schule, Lehre – als angemessene pädagogische Antwort auf zeittypische Verlusterfahrungen. Sie ist ein Lösungsansatz für aktuelle Probleme heutiger Jugendlicher.



Veranstaltungshinweis

Was die Kleinklasse für ein Kind bedeuten kann!

Starke Volksschule Zürich, Mo. 19. Mai 2025



Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion

Montag, 19. Mai 2025, 19.00 Uhr

Pfarreizentrum Liebfrauen, Weinbergstr. 36, 8006 Zürich

Referenten:

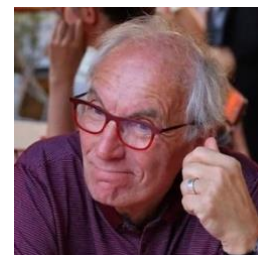
Gabi Schaffner, Primarlehrerin und Einschulungsklassenlehrerin im Kanton Aargau

Roland Stark, Kleinklassenlehrer und Heilpädagoge aus Basel

In den Medien ist häufig zu lesen, Klein- oder Förderklassen seien ein Nachteil für die Kinder, sie würden dort ausgegrenzt und stigmatisiert. Dazu möchten wir einen Gegenpol setzen: Erfahrene Kleinklassenlehrer schildern, wie sie in ihrer Klasse wirken, wie sie ihren Schülern helfen, das Lernen anzupacken und den Weg in eine erfüllende Zukunft unter die Füsse zu nehmen.

Roland Stark war Kleinklassenlehrer und Heilpädagoge in beiden Basel, mit über 40 Jahren Berufserfahrung. Er ist Vater zweier schulpflichtiger Töchter. Er war Grossrats- und Verfassungsratspräsident (SP) in Basel.

Zur integrativen Schule und zu den Kleinklassen sagt Roland Stark: «Fast allen Fachleuten, den Pädagogen an der «Front» sowieso, ist klar, dass verhaltensauffälligen, lerngestörten, sozial, oft auch sprachlich und kulturell noch nicht integrierten Kindern eine besonders geförderte Schulentwicklung geboten werden muss. Die «integrative Schule» bietet dafür nur ein ungenügendes, für alle Beteiligten oft frustrierendes Angebot.»



Gabi Schaffner ist seit 35 Jahren Primarlehrerin im Kanton Aargau, davon arbeitete sie 18 Jahre lang als Einschulungsklassenlehrerin.



Im Kanton Aargau können Kinder, die nach dem Kindergarten den Lernanforderungen der ersten Klasse noch nicht gewachsen sind, die Einschulungsklasse besuchen. Dort erarbeitet die Lehrerin den Erstklassstoff mit ihren Schülern in zwei Jahren. Am Ende der Einschulungsklasse erfolgt in der Regel ein definitiver Übertritt in die zweite Klasse der Primarschule. Ganz ähnlich war das Konzept der früheren Sonderklasse A im Kanton Zürich.

Gabi Schaffner: «In diesen zwei Jahren können die Kinder durch Erfolgserlebnisse beim Lernen Zutrauen zu sich selbst entwickeln und als Teil der Gruppe gemeinsam voranschreiten.»

Wir laden Sie herzlich zu den sicher anregenden Vorträgen und zur anschliessenden Diskussion ein.
Eintritt frei, Kollekte für Saalkosten

[Mehr...](#)